

# FREIBERUFLER-TICKER vom 15. Januar 2021

## 1. Kritik an geänderten Modalitäten der Überbrückungshilfe

Erst nachträglich wurde eine Regelung bei der Berechnung der Überbrückungshilfen aufgenommen. Danach ist sie nunmehr auf ungedeckte Fixkosten beschränkt. So müssen Betriebe neben einem Umsatzeinbruch nun auch noch einen Reinverlust vorweisen, um finanzielle Hilfen zu erhalten. BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki [kritisierte](#) dies am 12. Januar 2021 gegenüber der Deutschen Presse-Agentur: „Das ist kein lapidarer Haken, der im Kleingedruckten gesetzt wurde. Damit rutschen sicherlich etliche Anträge mindestens in die Grauzone, Rückzahlungen stehen zu befürchten. Hier driften Ankündigung und Umsetzung auseinander. Das befördert Verunsicherung. Dabei brauchen doch gerade die in Existenznot geratenen Unternehmen Verlässlichkeit.“

## 2. BIP gesunken, 200 Milliarden Euro weniger Wirtschaftsleistung

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war 2020 nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um fünf Prozent niedriger als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist somit nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Krisenjahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten, ähnlich wie zuletzt während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Der konjunkturelle Einbruch fiel aber 2020 insgesamt weniger stark aus als 2009 mit minus 5,7 Prozent. Das [teilte](#) Destatis am 14. Januar 2021 mit. Am gleichen Tag [veröffentlichte](#) das ifo Institut Berechnungen, wonach der Rückgang des BIP um fünf Prozent einen Ausfall von rund 200 Milliarden Euro Wirtschaftsleistung bedeutet im Vergleich zu einer Prognose ohne Corona-Krise von plus einem Prozent.

## 3. Tarifliche Ausbildungsvergütungen schwächer als in den Vorjahren gestiegen

Die tariflichen Ausbildungsvergütungen in Deutschland stiegen 2020 im Vergleich zum Vorjahr im bundesweiten Durchschnitt um 2,6 Prozent. Der Vergütungsanstieg fiel damit geringer aus als 2019 (3,8 Prozent) und 2018 (3,7 Prozent). Insgesamt lagen die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2020 in Deutschland bei durchschnittlich 963 Euro brutto im Monat. Für Westdeutschland wurde ein durchschnittlicher Betrag von 965 Euro ermittelt, in Ostdeutschland waren es 939 Euro. Somit wurden in Ostdeutschland 97 Prozent der westdeutschen Vergütungshöhe erreicht. Prozentual wurden die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2020 im Osten (3,8 Prozent) deutlicher erhöht als im Westen (2,6 Prozent). Dies sind zentrale Ergebnisse der Auswertung der tariflichen Ausbildungsvergütungen für 2020 durch das Bundesinstitut für Berufsbildung, die am 12. Januar 2021 [veröffentlicht](#) wurden. Zwischen den Ausbildungsberufen bestanden auch 2020 erhebliche Unterschiede in der Vergütungshöhe. Die im gesamtdeutschen Durchschnitt höchsten tariflichen Ausbildungsvergütungen wurden im Handwerksberuf Zimmerer/Zimmerin mit monatlich 1.235 Euro gezahlt. Die insgesamt niedrigsten tariflichen Ausbildungsvergütungen gab es mit 599 Euro im Beruf Schornsteinfeger/-in. Zwischen den Ausbildungsbereichen unterschieden sich die Ausbildungsvergütungen 2020 ebenfalls deutlich. Über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 963 Euro lagen die tariflichen Ausbildungsvergütungen im Öffentlichen Dienst (1.076 Euro) sowie in Industrie und Handel (1.017 Euro), darunter in der Landwirtschaft (898 Euro), bei den erfassten Ausbildungsberufen der [Freien Berufe](#) (892 Euro) sowie im Handwerk (850 Euro).

#### 4. Ergebnisse einer RKW-Studie zu digitalen Projekten der Auszubildenden in KMUs

Eine Ende der letzten Woche veröffentlichte [Studie](#) des Rationalisierungs- und Innovationszentrums der Deutschen Wirtschaft (RKW Kompetenzzentrum) zeigt, dass kleine und mittlere Unternehmen an digitaler Reife gewinnen und vom Kompetenzzuwachs ihrer Auszubildenden profitieren, wenn ihre Auszubildenden eigenständig Digitalisierungsprojekte im Unternehmen umsetzen. Die Durchführung der digitalen Projekte war im Rahmen der RKW-Initiative „Digiscouts – Auszubildende als Digitalisierungsscouts“ möglich. Dabei entwickelten kleine Teams von Auszubildenden ein Digitalisierungsprojekt in ihrem Unternehmen und setzten dieses eigenverantwortlich innerhalb von sechs Monaten um. Anschließend untersuchte das RKW Kompetenzzentrum anhand einer Befragung der beteiligten Unternehmen und Auszubildenden, wie sich die Projekte auf den Kompetenzgewinn der Auszubildenden und auf den digitalen Fortschritt der Unternehmen auswirkten. Bei den Auszubildenden gab es starke Kompetenzgewinne bei den personalen und sozialen Kompetenzen wie Selbstorganisation, Problemlösefähigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Kommunikationsfähigkeit. Die Hälfte der befragten Auszubildenden sah zudem einen Zuwachs bei Kompetenzen mit direktem IT-Bezug, wie dem Umgang mit Anwendungsprogrammen oder Datensicherheit. Überdies wurden die beteiligten Unternehmen nach ihrer Einschätzung zur digitalen Durchdringung der unternehmensinternen Prozesse, der Nutzung digitaler Geräte und Services sowie dem Einfluss der Digitalisierung auf den Geschäftserfolg gefragt. Ergebnis ist, dass die digitale Durchdringung im Durchschnitt um acht Prozent wuchs, unabhängig von Branche und Größe. Dabei fielen die Erfolge bei den kleinen Unternehmen mit bis zu 49 Mitarbeitenden etwas größer aus als bei den mittleren und großen Firmen. Erfreulicherweise konnten die kleinen Unternehmen also bei der strategischen Dimension des Einflusses der Digitalisierung auf den Geschäftserfolg überdurchschnittlich punkten.

#### 5. IMCO beschäftigt sich mit Digitalisierung und KI

Die Förderung, Steuerung und Regelung der Digitalisierung ist eine der Hauptprioritäten der gegenwärtigen Europäischen Kommission. In diesem Zusammenhang ist auch die vielschichtige Befassung des Europäischen Parlaments zu diesen Themenkomplexen zu sehen. So befasst sich gegenwärtig der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) unter anderem mit einem am 11. Januar 2021 vorgestellten [Initiativbericht](#) der irischen Abgeordneten Deirdre Clune (EVP-Fraktion) mit dem Titel: „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas: Beseitigung von Hindernissen für einen funktionierenden digitalen Binnenmarkt und Verbesserung des Einsatzes von KI für europäische Verbraucher“ [[2020/2216\(INI\)](#)]. Die Berichterstatterin teilt dabei die Auffassung, dass der digitale Binnenmarkt für den gesamten Binnenmarkt inzwischen von zentraler Bedeutung ist. Vor diesem Hintergrund bedürfe es verstärkter Anstrengungen, um die dem reibungslosen Funktionieren des digitalen Binnenmarkts im Wege stehenden Hindernisse zu beseitigen, konkrete Maßnahmen zur Entwicklung eines Ökosystems für den digitalen Erfolg in Europa zu erarbeiten sowie einen innovativen und vertrauenswürdigen Binnenmarkt für KI-Produkte, -Dienste und -Anwendungen mit einem hohen Maß an Verbraucherschutz zu schaffen. Die Frist für Änderungsanträge läuft noch bis zum 26. Januar 2021.

#### 6. Gesundheits- und Sozialwesen 2040 größter Wirtschaftsbereich

Die Alterung der Bevölkerung sorgt dafür, dass das Gesundheits- und Sozialwesen mit bundesweit sieben Millionen Beschäftigten im Jahr 2040 die meisten Erwerbstätigen stellen wird, cirka 660.000 mehr als noch in diesem Jahr. Dies geht aus einer [Projektion](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des Bundesinstituts für Berufsbildung hervor, die am 12. Januar 2021 veröffentlicht wurde. Die Corona-Pandemie dürfte das Wachstum der Branche laut der Autoren zusätzlich verstärken. Im Vergleich dazu wird die Zahl der Erwerbstätigen im

Verarbeitenden Gewerbe abnehmen. Dies sei auf die nachlassende Dynamik der Exporte und den Anpassungsdruck zum Beispiel in der Automobilindustrie zurückzuführen. Im Dienstleistungsgewerbe verringern sich vor allem in den Bereichen Handel sowie Instandsetzung und Reparatur von Kraftfahrzeugen die Erwerbstätigenanteile. Der weniger personalintensive Online-Handel stellt dabei eine Ausnahme dar. Die Forscher haben auch untersucht, wie sich die Zahl der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personen entwickelt. Die Zahl der Erwerbspersonen ist bis zum Jahr 2040 in allen Bundesländern außer den Stadtstaaten Berlin und Hamburg rückläufig, insbesondere in den östlichen Bundesländern ist ein starker Rückgang zu erwarten. Damit verbunden nimmt die Zahl der Erwerbstätigen ebenfalls fast überall ab, sodass mit Engpässen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen und Berufen zu rechnen ist. Detailliertere Informationen zu den einzelnen Bundesländern sind in einem [Forschungsbericht](#) abrufbar, dort werden dann auch Werte für freiberufliche Felder wie etwa unternehmensnahe Dienstleistungen ausgewiesen.

## **7. 2020 voraussichtlich kein Bevölkerungswachstum**

Ende 2020 lebten nach [Schätzung](#) des Statistischen Bundesamtes (Destatis) vom 12. Januar 2021 83,2 Millionen Menschen in Deutschland. Aufgrund einer geringeren Nettozuwanderung und einer gestiegenen Sterbefallzahl bei voraussichtlich etwas weniger Geburten als im Vorjahr nahm die Bevölkerungszahl damit laut Destatis erstmals seit 2011 nicht zu. In den drei Jahrzehnten seit der deutschen Vereinigung war die Bevölkerung Deutschlands überwiegend gewachsen, mit Ausnahme der Jahre 1998 sowie 2003 bis 2010. Das Bevölkerungswachstum ergab sich jedoch ausschließlich aus dem positiven Wanderungssaldo – also dadurch, dass mehr Menschen zugewandert als abgewandert sind. Ohne diese Wanderungsgewinne würde die Bevölkerung bereits seit 1972 schrumpfen, da seither jedes Jahr mehr Menschen starben als geboren wurden, so Destatis.